

## **Betroffeneninitiative Missbrauch in Ahrensburg**

[www.missbrauch-in-ahrensburg.de](http://www.missbrauch-in-ahrensburg.de), neu: [www.der-ahrensbuerger-fall.de](http://www.der-ahrensbuerger-fall.de)

**Anselm Kohn**

Postfach 76 06 40

22056 Hamburg

Tel. 0172 - 999 65 35

[a.kohn@missbrauch-in-ahrensburg.de](mailto:a.kohn@missbrauch-in-ahrensburg.de)



**Stephan Kohn**

Wiesbadener Straße 38

12309 Berlin

Tel. 0176 - 55 222 002

[st.kohn@missbrauch-in-ahrensburg.de](mailto:st.kohn@missbrauch-in-ahrensburg.de)

Berlin, den 29. Januar 2015

### **Stellungnahme zur Schaffung einer Aufarbeitungskommission beim Bundesbeauftragten für sexuellen Missbrauch**

**Aufgrund unserer Erfahrungen der letzten fünf Jahre unterstützen wir den Vorschlag des Bundesbeauftragten zur Einrichtung einer unabhängigen Aufarbeitungskommission. Wir bitten die Bundestagsfraktionen, sich für das Anliegen einzusetzen.**

#### **Aufarbeitungsphase schafft vielfach neues Leid – auch bei vorher Unbeteiligten**

Nach unseren Erfahrungen mit dem Missbrauchsskandal in Ahrensburg (evang. Nordkirche) erleben viele Betroffene, vor allem diejenigen, die sich öffentlich zur Wehr setzen, zwei Leidens- und Schadensperioden: das erste Intervall beginnt mit der ersten Tat des Missbrauchs, die zweite mit dem aktiven Aufbegehren gegen das erlittene Unrecht. Über den ersten Abschnitt wird inzwischen erfreulicherweise viel gesprochen und auch politisch manch Hilfreiches auf den Weg gebracht. Der zweite Abschnitt, die aktive Aufarbeitungsphase wird bisher noch kaum als eigenständiger Auslöser von neuem Schaden und Leid wahrgenommen. Dabei ist dieser Effekt keinesfalls auf die Betroffenen beschränkt, sondern wirkt vielfach in das Umfeld hinein und erfasst neben Familienangehörigen auch Freunde, Unterstützer oder auch einfach nur mögliche Zeugen. Die Zahl von Betroffenen und Opfern steigt – auch ohne neue *sexuelle* Übergriffe.

Viele Betroffene erleben intensiv, mit welchen Widerständen die Täter und Täterorganisationen sich dagegen wehren, ihre Täter- oder Mittäterschaft einzugestehen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. In den letzten Jahren haben wir im Norden bedauerlicherweise eine ganze Menge dieser Abwehrmechanismen kennen lernen müssen. Damit hatten wir nach der ersten Euphorie unseres Aufbruchs 2010 nicht gerechnet.

Nachdem wir die ursprünglichen Taten und die vielfältigen Konsequenzen daraus irgendwie in unsere Leben integriert hatten und jahrelang mit spürbaren Einschränkungen aber halbwegs normal leben konnten, mussten wir seit 2010 einen so massiven Widerstand der Täterorganisation aushalten, dass einige von uns nun mit dauerhaften gesundheitlichen Einschränkungen leben müssen. *Es geht uns heute aber um mehr, als die Befindlichkeiten von uns selbst und unseren engsten Mitstreitern aus Ahrensburg.*

Im Kontakt mit anderen Betroffenen und Betroffenenverbänden haben wir in den letzten Jahren eine Art Standardverlauf des Bearbeitungsprozesses und der dabei aufkommenden Gruppendynamik beobachtet: Erst kommt das Erleben des Missbrauchs, dann das Überleben und Weiterleben, ein Arrangieren mit dem eigenen Schicksal und ein Verdrängen über Jahre und Jahrzehnte. Wer den Mut hat, die nachträgliche Rehabilitation aktiv und öffentlich einzufordern, erlebt nach einer ersten öffentlichen Aufmerksamkeit und Anerkennung vielfach den Absturz in interne Zerwürfnisse innerhalb der eigenen Gruppen und die sich erneut einstellende Ohnmachtserfahrung, die man nicht mehr los zu werden scheint. Denn obwohl das Unrecht grundsätzlich anerkannt wird, ist niemand zuständig, es sieht sich niemand veranlasst, den Schaden zu begrenzen und wieder gut zu machen. Vielen geht es hinterher schlechter, als bevor man den öffentlichen Aufbruch wagte. – Dieses Muster fanden wir überall, nur in wenigen Fällen gelingt es, einen Ausstieg aus diesem Teufelskreis zu finden.

### **Hilflosigkeit der Täterorganisationen**

Auf der Seite der Täter und insbesondere der Täterinstitutionen sehen wir unterdessen eine enorme Überforderung der handelnden Personen, die oftmals persönlich gar nichts mit den früheren Taten zu tun haben und auch an den damaligen Vertuschungsmechanismen noch nicht einmal entfernt beteiligt waren. Sie geraten unwillkürlich in einen inneren Konflikt. Sie fühlen sich sowohl für den Erfolg und das Ansehen ihrer Organisation verantwortlich, als auch für den schweren Schaden, den einzelne ihrer Mitglieder angerichtet haben. Wir können uns vorstellen, dass es schwer ist, hier einen guten Weg zu finden. Auf solche Herausforderungen ist niemand vorbereitet, so kann es niemanden überraschen, wenn auch sehr lebens- und berufserfahrene Menschen an dieser Herausforderung scheitern. Wer nicht gleich aus menschlichen Gründen kapituliert (*vielleicht ist der Rücktritt der damaligen Bischöfin Maria Jepsen in 2010 so zu erklären*), verfällt nach unserer wiederholten Beobachtung in ein Verhalten, das von Opfern als eine ambivalente Kombination aus Betroffenheitsrhetorik und automatisiertem Abwehrimpuls empfunden wird. Schlimm ist daran, dass die verständliche Unsicherheit der Verantwortlichen schließlich erneut zu Lasten der Missbrauchsoffer zu gehen droht, die zu Recht ihren Anspruch darauf formulieren, nach dem langen Schweigen endlich ernst genommen und entlastet zu werden. - Wer sich erstmal hervorwagt, kann nicht mehr zurück. Das gilt wohl gleichermaßen für die Opfer als auch die neuen Verantwortlichen in den Täterorganisationen, die ad hoc reagieren müssen.

### **Der Vorschlag des Beauftragten der Bundesregierung als Ausweg**

Die Ausgangsidee und die vielen ergänzenden Vorschläge der Experten bieten nach unserer Einschätzung eine wirklich wichtige und notwendige Unterstützung für Betroffene und Täter bzw. Täterorganisationen. Ziel sollte es sein, die Aufklärung und Aufarbeitung der Missbräuche nicht alleine den überforderten Täterorganisationen zu überlassen. Die schaffen es in der Regel nämlich nicht, ihren instinktiven Abwehrreflex zu unterdrücken, es fehlt ihnen die Kompetenz im Umgang mit Betroffenen, sie haben noch nicht einmal die grundlegendsten Kenntnisse über die inzwischen erforschten Rahmenbedingungen von Missbräuchen und Tätersystemen. Sie können sich das auch nicht auf die Schnelle aneignen, weil sie ja akute Probleme ihres Arbeitgebers zu lösen haben. Es drohen Imageprobleme und weitere drastische Nachteile, die auch den eigenen Arbeitsplatz betreffen können. Für die Kirchen ist das noch einmal besonders schwierig, weil sie einen besonderen menschlichen Anspruch haben, weil sie als moralische Instanz antreten. An keinem anderen Ort droht ein derart tiefer Graben aufzureißen zwischen Bekenntnis,

vielleicht Lippenbekenntnis und eigenem Handeln. Nirgends sonst haben die Verantwortlichen ein so mächtiges und zugleich gefährliches Instrumentarium in der Hand, das sie entweder in einem Akt der Größe dafür einsetzen könnten, die eigene institutionelle Verantwortung nicht nur pauschal einzugestehen sondern auch wirksame Maßnahmen folgen zu lassen und für eine angemessene Kompensation aufzukommen – oder aber das berechtigte Anliegen brutal, aber subtil, erbarmungslos aber sehr herzlich vermittelt auszusteuern und zu ersticken, und das Ganze dabei noch wie einen an Selbstaufgabe grenzenden Akt der Nächstenliebe aussehen zu lassen.

**Fazit:** Hier kann der Staat nicht als Zaungast stehen bleiben und nur zuschauen. Er muss handeln. Wir können uns zurzeit nichts Konstruktiveres vorstellen, als der vorgeschlagenen Kommission beim Bundesbeauftragten für sexuellen Missbrauch eine Chance zu geben. Sie wird nicht sofort alle in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen – dafür sind die Erwartungen aller Beteiligten zu hoch und auch zu heterogen. Aber es wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Arbeitsergebnisse der Kommission werden in mehrfacher Hinsicht dringend benötigt; Orientierungshilfen für Betroffene und Täterorganisationen sind uns darunter besonders wichtig.

Wir brauchen ein multidisziplinär qualifiziertes **Kompetenzzentrum**, das mit einem **Grundprogramm von Basisleistungen** startet und in späteren Ausbaustufen für einheitliche Erfassung und Bewertung von Missbrauchsfällen sorgen kann, sowie integrative Bewältigungsstrategien und –Tools zur Verfügung stellt. Der längerfristig angelegte Aufwand erscheint gerechtfertigt, da die Arbeit des Beauftragten und der Kommission nicht zuletzt als konsequente Reaktion auf die Erkenntnis zu sehen ist, dass sexueller Missbrauch und Gewalt gegen Kinder ein Massenphänomen ist und wir direkt oder indirekt mit erheblichen volkswirtschaftliche Folgekosten rechnen müssen, wenn wir dieser Entwicklung nicht wirksam entgegen treten. Insofern würde es sich nicht auszahlen, bei der Bemessung von Ressourcen für die neue Kommission allzu restriktiv zu planen.